

Wetter: 12° bis 20°



Herbstwetter im Hochsommer

„Fall Benaissa“
Prozess gegen Sängerin
beginnt heute ▶ Seite 20



Europameisterschaft
Aachener Wasserspringer
holt Gold ▶ Sport



Aachener Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Montag, 16. August 2010 · 66. Jahrgang · Nummer 189

www.an-online.de

1,10 Euro

2:1-Sieg in Essen: Aachen im Pokal eine Runde weiter



Pflichtaufgabe erfüllt: Die Zweitliga-Fußballer von Alemannia Aachen haben ihrem neuen Trainer Peter Hyballa gestern einen erfolgreichen Pflichtspiel-Einstand beschert. Die

Tivoli-Truppe gewann in der ersten Hauptrunde des DFB-Pokals bei den fünftklassigen Amateuren von Schwarz-Weiß Essen 2:1. Torschützen waren Marco Höger (l.) und

Manuel Junglas. Auch der 1. FC Köln ist eine Runde weiter. Die Rheinländer siegten mit 2:0 beim Regionalliga-Club ZFC Meuselwitz. (an) Foto: Andreas Steindl ▶ Sport

Wandern an der Rur

Und eine Familienwanderung am Perlbach

Aachen. Die junge Rur erkunden und historische Orte besuchen: Das Kloster Reichenstein liegt am Weg, das Kreuz im Venn und die Enklave Ruitzhof. Den Verlauf der 14 Kilometer langen Wanderung beschreiben wir heute. Außerdem können sie auch individuell eine Familienwanderung am Perlbach planen. ▶ Spezial

AN-SERIE



Atomkonzerne „drohen“ mit Sofortausstieg

Der Streit um längere AKW-Laufzeiten verschärft sich. Unternehmen machen weiter Front gegen Brennelementsteuer. Grüne: Ein absurdes Spiel.

Hamburg. Die vier Atomkraftwerksbetreiber in Deutschland haben einem Bericht des „Spiegel“ zufolge der Bundesregierung mit einem Sofortausstieg aus der Atomenergie gedroht. Wenn die geplante Brennelementsteuer komme und Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) strikte Auflagen verordne, lohne sich der Weiterbetrieb zahlreicher Anlagen nicht mehr, erklärten Vertreter der Konzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW laut Magazin in den Verhandlungen mit der Regierung. In einem solchen Fall sollen die Meiler vorzeitig abgeschaltet werden.

Strommenge ins Ausland. Die erneuerbaren Energien trügen bereits mehr als 16 Prozent zur Stromproduktion bei. Mit Blick auf die Abschaltungsdrohung der Konzerne sagte der Greenpeace-Atomexperte Tobias Münchmeyer: „Das ist keine Drohung, sondern eine gute Nachricht.“

Regierung auf den Knien?

Derzeit verhandeln Vertreter der Konzerne mit dem Finanzministerium darüber, ob sie im Gegenzug für die verlängerte Laufzeit der Atomkraftwerke statt der Brennelementsteuer auch vertraglich vereinbarte Zahlungen leisten können. Diese sogenannte Fondslösung würde dem Bund einen Teil der Zusatzgewinne aufgrund längerer Laufzeiten zugestehen.

Nach Greenpeace-Berechnungen ist dies jedoch eine leere Drohung. Auch ohne die sieben ältesten Meiler und den nicht produzierenden Pann-Reaktor Krümmel werde es keinen Strommangel geben, erklärte die Umweltorganisation gestern unter Berufung auf Berechnungen des Aachener Instituts EUtech. Die Werke trügen nur noch zu 5,4 Prozent zur Versorgung bei. Die übrigen neun moderneren Atommeiler könnten bis zum Jahr 2015 abgeschaltet werden.

Laut Greenpeace exportiert Deutschland knapp die Hälfte der von den acht sofort abschaltbaren Atomkraftwerken produzierten

Die Grünen warnten vor einem solchen Deal. „Dieses absurde Spiel kennt offenbar keine Grenzen mehr: Schwarz-Gelb kriecht auf Knien vor der Atomlobby und lässt sich drohen“, sagte Grünen-Chefin Claudia Roth. Die Mehrheit der Bevölkerung wolle keine längeren Laufzeiten, „erst recht will niemand diesen erbärmlichen Deal“, sagte Roth. Auch die SPD forderte die Bundesregierung auf, die Atom-Wirtschaft in die Schranken zu weisen. (ddp/dpa)

Zahl der Opfer ist deutlich höher

Pakistanische Regierung: 20 Millionen Menschen von Jahrhundertflut betroffen

Islamabad. Die Jahrhundertflut in Pakistan hat nach Angaben der Regierung in Islamabad sechs Millionen Menschen mehr ins Elend gestürzt als von den Vereinten Nationen angenommen. Premierminister Yousuf Raza Gilani sagte am Wochenende, 20 Millionen Menschen seien vom Hochwasser aus ihren Häusern vertrieben worden. Das Hochwasser habe Ernte und Lebensmittel im Wert von mehreren Milliarden Dollar vernichtet.

Gilani sagte, 1384 Menschen seien getötet, 730 000 Häuser durch das Hochwasser zerstört worden.

Spendenbereitschaft gering

Die zögerliche Spendenbereitschaft der Deutschen für die Flutopfer in Pakistan liegt nach Experteneinschätzung auch an der Urlaubszeit. „Das ist ein profanes, aber sehr ausschlaggebendes Element“, sagte der Geschäftsführer

des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen, Burkhard Wilke. Zu dem Vergleich mit der schweren Erdbebenkatastrophe zu Beginn des Jahres auf Haiti meinte Wilke: „Für die Erdbebenopfer in Haiti wurden insgesamt knapp 200 Millionen Euro gespendet, allein in Deutschland. Für Pakistan haben wir bisher in Deutschland grob geschätzt ein bis zwei Millionen Euro Spenden verzeichnen können.“ (dpa)

Firmengründer stiftet sein Unternehmen

Frankfurt/Main. Der Gründer der dm-Drogeriemärkte, Götz Werner, hat seine Unternehmens-Anteile nach eigenen Worten in eine gemeinnützige Stiftung eingebracht. Seine sieben Kinder würden somit nicht Eigner, sagte der Unternehmer. „Meine Kinder leiden deswegen nicht, im Gegenteil, die werden gefördert, indem sie sich selbst beweisen müssen.“ Kinder hätten einen Anspruch auf einen guten Start ins Leben, „aber nicht darauf, dass Eltern für den lebenslangen Wohlstand ihrer Nachkommen sorgen“. Er denke in der Frage wie die amerikanischen Pioniere: Jede Generation habe sich selbst zu beweisen. „Reich zu werden ist in Amerika keine Schande, reich zu sterben schon“, fügte Werner hinzu. Werner setzt sich zudem für die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle ein: „1000 Euro für jeden – das macht die Menschen frei.“ Die heute geltenden Regeln von Hartz IV verglich er mit „offenem Strafvollzug“. (ddp)

Entlassene Häftlinge wollen in Aachen bleiben

Berlin/Aachen. Die Zahl der Sicherungsverwahrten, die noch in diesem Jahr in Freiheit kommen könnten, ist nach Recherchen des Nachrichtenmagazins „Focus“ deutlich höher als bislang bekannt. Das Bundesjustizministerium gehe von etwa 80 sogenannten „Altfällen“ aus, die nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte entlassen werden müssen. Eine „Focus“-Umfrage unter allen Bundesländern ergab jedoch, dass allein in diesem Jahr etwa hundert Inhaftierte von dem Richter-spruch profitieren könnten. Insgesamt seien es knapp 300 Täter. In der Region Aachen wollen sich sechs sicherungsverwahrte Häftlinge nach ihrer Freilassung niederlassen. Die Männer seien derzeit alle Insassen der Justizvollzugsanstalt Aachen, sagte ein Polizeisprecher. In diesem Gefängnis wie in der JVA Werl – sind in Nordrhein-Westfalen Verbrecher untergebracht, die in Sicherungsverwahrung sitzen. (dpa/ddp)

Wem gehört der Aufschwung?

Westerwelle lobt die Bundesregierung und will schon wieder Steuern senken

Berlin. Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) hat angesichts des unerwartet starken Aufschwungs gefordert, jeden Spielraum für Steuerentlastungen zu nutzen. „Diese Regierung hat die Entlastung der Mittelschicht im Interesse von Wachstum, Arbeitsplätzen und mehr Leistungsgerechtigkeit unverändert fest im Blick. Wo sich Spielräume dafür ergeben, müssen sie genutzt werden“, sagte Westerwelle. Dazu sprach er sich für ein einfacheres und insbesondere für die Mittelschicht niedrigeres Steuersystem aus.

Zugleich reklamierte Westerwelle den Aufschwung für die schwarz-gelbe Koalition. „Der Wirtschaft, dem Arbeitsmarkt und dem Wohlstand für alle tut unsere Regierung gut“, sagte der FDP-Vorsitzende. „Wir haben Familien, Familienbetriebe und den Mittelstand insgesamt zum 1. Januar entlastet. Das war ganz augenscheinlich ein wichtiger Beitrag zum derzeitigen Wirtschafts- und

Jobwunder in Deutschland.“ SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hat der schwarz-gelben Bundesregierung die Verantwortung für den unerwartet starken Wirtschaftsboom abgesprochen. Steinmeier sagte, „ohne die SPD hätte es diesen Aufschwung nicht gegeben“. Die Union habe in Zeiten der großen Koalition im Kabinett „gezaudert und gezitert und am Ende nölend mitgetragen, was wir an Konjunktur- und Arbeitsmarktprogrammen vorgeschlagen haben“. Und die FDP habe sogar gegen die Krisenintervention gestimmt. Heute wisse man, dass diese Interventionen verantwortlich für den raschen Aufschwung nach der Krise seien, betonte der SPD-Politiker. Steinmeier erwartet, dass die Arbeitslosigkeit „noch in diesem Herbst unter die Drei-Millionen-Marke“ fällt. Im Juli lag die Zahl

der Arbeitslosen bei 3,192 Millionen.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel fordert unterdessen, die

„Ohne die SPD hätte es diesen Aufschwung nicht gegeben.“

FRANK-WALTER STEINMEIER, SPD-FRAKTIONSCHIEF

Arbeitnehmer am Wirtschaftsaufschwung teilhaben zu lassen. „Das heißt zum Beispiel, dass wir endlich Schluss machen müssen mit der Ausdehnung befristeter Arbeitsverhältnisse, mit Billigjobs, mit Niedriglohnsektor. Das gehört dazu genauso, wie angemessene Lohnsteigerungen, die jetzt wieder möglich sein müssen.“ Es sei wichtig, dass „das nicht nur ein Aufschwung für Boni bei Managergehältern ist“. (dpa/ddp) ▶ Seite 4

HEUTE IM LOKALTEIL

► Neonazis gegen Moscheebau

Neonazis fallen seit Monaten durch Gewalttaten und Farbatacken auf – nun wollen sie abermals durch Aachen marschieren. Sie kündigen an, am 25. September mit einem fremdenfeindlichen Hetzmarsch gegen den Neubau der Moschee im Ostviertel zu protestieren.

► Dom: Drei wichtige Ereignisse in 2014

► Schon im August ein Oktoberfest

KURZ NOTIERT

Sauerland: Ich nannte falsche Zahlen

Duisburg/Köln. Drei Wochen nach der Loveparade-Katastrophe mit 21 Toten hat Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) am Wochenende falsche Angaben bei den Besucherzahlen der Großveranstaltung eingeräumt. Einen sofortigen Rücktritt lehnte er weiterhin ab, schloss aber persönliche Konsequenzen nach Abschluss der Aufklärungsarbeit nicht aus: „Natürlich stelle ich mir die Frage, ob man das Amt nach so einem tragischen Ereignis weiter ausüben kann. Aber diese Antwort werde ich erst dann geben, wenn ich die Antworten auf die uns alle bedrückenden Fragen habe“, sagte der Kommunalpolitiker gestern im WDR-Fernsehen. (dpa) ▶ Seite 6

DER, DIE, DAS

Obama geht im Golf von Mexiko baden

Der US-Präsident geht baden – im von der Ölpest geplagten Golf von Mexiko: Barack Obama (49) ist am Samstag mit seiner Tochter Sasha (9) ins Meer in Panama City Beach gestiegen. Das Weiße Haus verbreitete ein Bild von den beiden Planschenden. Die Präsidentenfamilie hatte Florida einen Kurzbesuch abgestattet, um die Tourismusbranche entlang der Golfküste moralisch zu unterstützen. (dpa)



FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

KONTAKT

Zeitungszustellung:
Telefon: 0241/5101-701
Fax: 0241/5101-790
Verlag (Zentrale):
Telefon: 0241/5101-0
Redaktion:
Telefon: 0241/5101-310
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-440
AN im Internet:
www.an-online.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 0241/5101-700
Fax: 0241/5101-790

